



Home > Politik > Woher nimmt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier den Mut weiterzumachen?



An seinem 54. Geburtstag am vergangenen Dienstag spaziert Frank-Walter Steinmeier entlang der Spree durch den Schnee. Im Hintergrund ist der Arbeitsplatz des neuen Oppositionsführers zu sehen: der Reichstag in Berlin

BAMS-INTERVIEW

Herr Steinmeier, woher nehmen Sie den Mut weiterzumachen?

SPD-FRAKTIONSCHIEF FRANK-WALTER STEINMEIER ÜBER SEINE NEUE ROLLE NACH DER WAHLSCHLAPPE, DEN FEHLSTART VON SCHWARZ-GELB UND DEN AFGHANISTAN-EINSATZ

VON MICHAEL BACKHAUS UND ANGELIKA HELLEMANN, FOTO: WOLFGANG WILDE

10.01.2010 - 10:28 UHR

BILD am SONNTAG: Herr Steinmeier, Sie haben das Kanzleramt geleitet, waren Vizekanzler und Kanzlerkandidat. Jetzt mit 54 Jahren wollen Sie noch einmal etwas völlig Neues lernen: Opposition. Trauen Sie sich das zu?

Frank-Walter Steinmeier: Wer sich nichts zutraut, sollte sich der Politik fernhalten. Erfahrung nützt, auch in der Opposition. Und Opposition ist wichtig, gerade bei dieser Regierung. Aber gewöhnen wollen wir uns nicht daran. Anspruch und Ziel der SPD wird bleiben, dieses Land zu regieren. Wir sind die bessere Alternative.

BamS: Und Sie glauben, dass die SPD Ihnen die Oppositionsführerschaft auch zutraut?

Steinmeier: Das hat die SPD-Fraktion mit einem Wahlergebnis von 88,7 Prozent für mich eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht. Ich habe mich sehr darüber gefreut.

BamS: Das heißt, Sie sind sich ganz sicher, dass Sie bis zur nächsten Bundestagswahl Fraktionschef bleiben?

Steinmeier: Na klar.

BamS: Woher haben Sie den Mut genommen, nach solch einer Wahlniederlage weiterzumachen?

Steinmeier: Am Tag einer solch bitteren Wahlniederlage denkt man natürlich darüber nach, ob man sich zurückzieht. Ich habe mich fürs Weitermachen entschieden, weil ein Aufhören für mich ein Weglaufen aus der Verantwortung gewesen wäre. Ich halte unsere sozialdemokratische Politik, für die ich mit vielen Mitstreitern geworben habe, weiterhin für richtig. Deshalb kämpfe ich weiter dafür.

BamS: Am Dienstag haben Sie Ihren 54. Geburtstag gefeiert. Was ist Ihr größter Wunsch fürs neue Lebensjahr?

Steinmeier: Ich wünsche mir eine SPD, die nach der Wahlniederlage im letzten Jahr an Stärke und Selbstbewusstsein gewinnt. Was meine persönlichen Wünsche angeht, so hat mir meine Frau mit ihrem Geburtstagsgeschenk etwas auf die Sprünge geholfen: Laufschuhe samt Laufdress.

BamS: Ein echter Liebesbeweis: Ihre Frau möchte Sie möglichst lange gesund erhalten.

Steinmeier: (lacht) Ich habe den Wink meiner Frau schon verstanden . . .

BamS: Wir hätten gedacht, dass das schönste Geschenk der Steuerstreit in der Regierung ist . . .

Steinmeier: Der Steuerstreit ist kein Geschenk, erst recht nicht für die Bürger. Mehr netto vom Brutto hat Schwarz-Gelb versprochen, höhere Gebühren für Kindergärten, Müllabfuhr, Abwasser und Schwimmbäder kommen stattdessen heraus. Spätestens nach der Landtagswahl in NRW im Mai wird sich zeigen, dass das Chaos der Regierung bei den Finanzen bittere Folgen für die Bürger hat. Sie werden mehr draufzahlen als die angekündigten Steuersenkungen ihnen bringen. Das ist Wählerbetrug.

BamS: Was ist so falsch daran, in der Krise Steuern zu senken und Sozialleistungen zur Not zu kürzen? Nichts anderes hat Rot-Grün getan und damit die Grundlage für Aufschwung und Abbau der Arbeitslosigkeit geschaffen . . .

Steinmeier: Damals gab es einen massiven Reformbedarf. Und es gab Spielräume für Steuersenkungen. Heute sieht jeder: Die Kassen sind leer. Die Wirtschaftskrise führt dazu, dass uns bis 2011 Steuereinnahmen von weit über 200 Milliarden Euro fehlen. Dieses Geld brauchen die Städte und Gemeinden für ihre Schulen, Kindergärten und vieles mehr. **Trotz dieser dramatischen Situation verschwendet die Regierung Geld für eine Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers. Was ist das für eine Politik? In manchen Schulen pfeift der Wind durch die Fenster, aber im Grandhotel nebenan wird jetzt neues Parkett verlegt.**

BamS: Sie haben in den vergangenen Jahren in der Regel gut über Angela Merkel gesprochen. Wie bewerten Sie sie heute?

Steinmeier: Mehr denn je fällt auf, dass Frau Merkel und die Union in der Großen Koalition von der SPD und ihren Leistungsträgern gelebt haben. Dazu gehören Finanzminister Steinbrück, der unser Land auf einen soliden Finanzkurs zurückgebracht hat, und Arbeitsminister Scholz, der es geschafft hat, dass die Arbeitslosigkeit in der Krise kaum gestiegen ist. Ich habe den Eindruck, manche in der Union trauern den alten Zeiten schon nach. Viele sehen: Jetzt ohne die SPD schafft Frau Merkel keine solide Politik. Da fehlen die Ideen, da fehlt der seriöse Partner, da fehlt die Kraft, dieses Land zu führen.

BamS: Halten Sie ein Scheitern der Koalition von Union und FDP an der Frage von Steuersenkungen und Einsparungen im Haushalt 2011 für denkbar?

Steinmeier: In allen wichtigen Fragen wie der Gesundheits- und Steuerpolitik oder in Einzelfragen wie dem Umgang mit Frau Steinbach finden Union und FDP nicht zusammen. Heraus kommen schlechte Kompromisse, die Interessen einzelner Gruppen bedienen, aber nicht gut fürs Land sind. Doch der Wille zur Macht wird die Regierung zusammenhalten. Die FDP versorgt sich doch gerade kräftig mit all den Ämtern, die sie zu Oppositionszeiten immer abschaffen wollte, wie beispielsweise dem Entwicklungshilfeministerium und diversen Staatssekretärsposten.

BamS: Merkel, Westerwelle und Seehofer treffen sich am Sonntag zum Krisengipfel. Die Koalition will einen Neustart hinlegen. Was tut jetzt not?

Steinmeier: Die Regierung muss endlich all die klaffenden Lücken, die es im Koalitionsvertrag insbesondere in der Gesundheits- und Steuerpolitik gibt, füllen. Der Koalitionsvertrag enthält Text, aber keine Entscheidungen. Die Bürger haben aber ein Recht darauf zu erfahren, wie Schwarz-Gelb das Land regieren will. Durch einen Krisengipfel wird das allerdings nicht zu erledigen sein.

BamS: Die SPD trifft sich nächste Woche zur Neujahrsklausur. Was ist die Botschaft?

Steinmeier: Mit ihrem Schuldenbeschleunigungsgesetz hat die Koalition jeden Kompetenzanspruch in der Wirtschaftspolitik verspielt. Wir werden auf unserer Klausur zeigen, dass die SPD die Partei der wirtschaftlichen Vernunft ist.

BamS: Die EKD-Ratsvorsitzende, Bischöfin Käßmann, sagt, der Einsatz in Afghanistan sei aus christlicher Sicht nicht verantwortbar. Wenn das stimmt, dürften Christen unter den Soldaten da nicht mehr mitmachen . . .

Steinmeier: Die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus können wir rein militärisch nicht gewinnen, soweit hat Bischöfin Käßmann recht. Das sehe ich genauso. Erinnern müssen wir uns nur, dass niemand über einen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan leichtfertig entschieden hat. Der Schutz auch deutscher Bürger vor Attentaten wie sie in New York und später in Madrid und London

stattgefunden haben, war das Motiv. Dazu kam unser Wille, einem in 30 Jahren durch Krieg und Bürgerkrieg geschundenen Volk wieder auf die Beine zu helfen. Beim Wiederaufbau von Schulen, Wasserversorgung und Krankenhäusern haben wir helfen können. Hilfe, die ohne militärischen Schutz nicht angekommen wäre.

BamS: Ende des Monats tagt in London die Afghanistan-Konferenz. Fest steht schon jetzt, dass von Deutschland deutlich mehr Soldaten erwartet werden. Lässt die SPD darüber mit sich reden?

Steinmeier: Die Bundesregierung darf nicht ohne eigenes Konzept zur Afghanistan-Konferenz fahren. Deshalb fordere ich, dass die Bundesregierung vorher dem Bundestag und der Öffentlichkeit erklärt, was sie in London konkret anbieten will. Die Bundeswehr hat in Afghanistan gute Arbeit geleistet, einzelne Regionen im Norden werden in diesem Jahr in die Verantwortung der Afghanen zurückgegeben. Eine Erhöhung der Kampftruppen ist deshalb nicht nötig, dafür wird es daher auch keine Zustimmung der SPD geben. Aber wir wollen dort nicht auf Dauer bleiben. Realistisch ist die Reduzierung und die Perspektive für den Abzug jedoch nur, wenn wir mehr für die Ausbildung der afghanischen Polizei und Armee tun.

BamS: Was heißt das konkret?

Steinmeier: Die Obergrenze für das deutsche Kontingent liegt nach dem vom Bundestag beschlossenen Mandat bei 4500 Soldatinnen und Soldaten. Es muss möglich sein, dass wir aus diesem Kontingent mehr Kräfte für die Ausbildung afghanischer Soldaten und Polizisten zur Verfügung stellen können. Sollte die Bundesregierung zusätzliche Ausbildungskapazitäten darüber hinaus für erforderlich halten, müsste sie das uns gegenüber schon sehr gut begründen, damit wir zustimmen.